

## **P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **09.03.2020** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf.

18.WP/A-JuF/020

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:54 Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

**stellv. Vorsitzende**

Birgin, Gurbet

**Mitglied/Mitglieder**

Hinz, Arne  
Meinig, Birgit  
Neitzel, Beate  
Nijenhof, Rüdiger

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Ev. Kirche Härtel, Andreas  
Lehrke-Ringelmann,  
Doris  
Scher, Olaf  
von Oettingen, Gero

**Beratende/s Mitglied/er**

Gebbe, Norbert, Dr.  
Gohla, Horst  
Kugel, Michael  
Niemann, Jens  
Ruhkopf, Susanne

**stellv. Beratende/s Mitglied/er**

Vasterling, Benjamin

**Gast/Gäste**

Chwacinski, Kristina  
Schwelgin, Fabian

**Verwaltung**

Peest, Thomas  
Pollehn, Armin  
Szramka, Monika

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

#### Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 20.01.2020
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Projektmanagement: Berichtswesen per 4. Quartal 2019  
Vorlage: M 2020 1170
- 3.2. Betriebsabrechnung 'Häuser der Jugend 2018'  
Vorlage: M 2020 1214

#### Familienangelegenheiten

4. Neubau einer dreigruppigen Kindertagesstätte durch die St. Nikolaus Kirchengemeinde  
Vorlage: BV 2020 1201
5. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf  
Vorlage: BV 2020 1203

#### Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

#### Jugendhilfeangelegenheiten

6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

#### Einwohnerfragestunde

### **Öffentlicher Teil**

#### **Einwohnerfragestunde**

./.

## 1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Frau Gersemann** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltung und Herrn Schwelgin als Vorsitzenden des Stadtkindertagesstättenbeirates. Herzlich wird Herr Arne Hinz als neues Mitglied und Nachfolger von Herrn Paul begrüßt.

Entschuldigt haben sich Frau Pape, Frau Bruns, Frau Gödeke und Herr J. Braun.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

## 2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 20.01.2020**

---

**Frau Gersemann** bittet darum, die Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2019 in der nächsten Sitzung nachzuholen.

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 20.01.2020 wird **einstimmig** genehmigt.

## 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

a) **Herr Peest** teilt mit, dass in der Kita Ramlingen-Ehlershausen die Modulanlage (1 Kindergartengruppe und 1 Krippengruppe) erfolgreich in Betrieb genommen werden konnte. Derzeit laufe der aufbauende Betrieb, der von den Mitarbeiterinnen vor Ort mit hohem Engagement durchgeführt werde und eine hohe zusätzliche Belastung darstelle. Als nächste Planungsschritte sei die Erneuerung des Kindergartens und die Planung des Festbaukörpers für die Krippe anvisiert. Über den weiteren Fortgang werde regelmäßig berichtet.

b) Hinsichtlich der Baumaßnahmen zur Erweiterung der Kita Otze sei nach aktuellem Stand nach den zuletzt kommunizierten Verzögerungen von keinem weiteren Verzug des Zeitplans auszugehen.

c) Die Elterngeldstelle im Rathaus bleibe wie bereits auf der Homepage der Stadt und in der Presse kommuniziert vorerst montags für Publikumsverkehr geschlossen. Die Maßnahme diene der konzentrierten Abarbeitung der vorliegenden Anträge.

d) Die Berechnung der Stundenanteile für Küchenkräfte in den Kitas sei entsprechend der gestiegenen Anforderungen aktualisiert worden. Der neu kalkulierte Bedarf sei für den Stellenplan im Nachtragshaushalt angemeldet worden.

e) Aufgrund der prioritären Bearbeitung zahlreicher Themen in der Abteilung für Familie und Kinder könnten aktuell keine Berechnungsdaten zur Aufstockung der in den Kindergartengruppen eingesetzten Kräfte vorgelegt werden (Anfrage von Herrn Nijenhof aus der Sitzung vom 30.09.2019). Dies werde sobald wie möglich nachgeholt.

f) **Herr Gohla** berichtet, dass der jüngste Lehrgang der Juleica-Teilnehmer

(Jugendleitercard) mit 9 Teilnehmer\*innen erfolgreich abgeschlossen worden sei.

g) Derzeit werde per Flyer Werbung für das Jugendparlament in den Burgdorfer Schulen Gymnasium und RBG gemacht. Der Flyer wird vorgestellt. Die Werbung spreche die Jahrgänge 7-12 an und fördere gemischte Gruppen. Das Planspiel „Pimp your town“ werde in Ergänzung für den Zeitraum nach den Sommerferien angepeilt.

**Herrn Nijenhof** merkt einen Bericht des „Marktspiegel“ von einem Bundesfreiwilligendienstleistenden (Bufdi) an, der einen Jugendrat für Burgdorf anrege. Es sei nicht hinreichend bekannt, dass die Stadt bereits in Aktion sei.

**Herr Gohla** erwidert, mit dem Betreffenden umgehend Kontakt aufgenommen zu haben. Der Bericht habe die Intention nicht ganz korrekt wiedergegeben. Der Bufdi sei nur noch bis Mai 2020 für den Kinderschutzbund tätig und mache sich für eine Jugendvertretung im Kinderschutzbund stark.

h) Beim diesjährigen Literaturwettbewerb seien bislang nur knapp über 100 Beiträge eingegangen. Der Einsendeschluss sei nun um eine Woche verlängert worden, da bekannt sei, dass viele Interessierte noch eine Verlängerung benötigten.

i) Die Dachsanierung des „JohnnyB.“ bedeute weiterhin viel Arbeit für die Kolleg\*innen des Hauses und stelle sie aufgrund des eingeschränkten Raumangebotes vor große Herausforderungen.

j) Die RBG trage vermehrt den Wunsch nach einem Sozialtraining an die Stadtjugendpflege heran. Da es in einer Klasse Probleme mit dem Klassenzusammenhalt gegeben habe, sei nach einem Austausch mit den betreffenden Klassenlehrer\*innen eine Aktion - der Besuch eines Hochseilgarten - vereinbart worden. Der Zusammenhalt innerhalb der Klassengemeinschaft sei erheblich gesteigert worden.

**Herr von Oettingen** erkundigt sich danach, wer diese Wünsche anmelde und ob die jeweiligen Schulleitungen informiert seien.

**Herr Gohla** berichtet, dass die jeweiligen Klassenlehrer\*innen an die Stadtjugendpflege heranträten, um Unterstützung zu erhalten. Die Schulleitungen seien von diesen zuvor unterrichtet worden. Er betreibe in den Schulen Burgdorfs auch Werbung, um weitere Partnerschaftsaktionen anzuschließen.

### **3.1. Projektmanagement: Berichtswesen per 4. Quartal 2019** **Vorlage: M 2020 1170**

---

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

### **3.2. Betriebsabrechnung ´Häuser der Jugend 2018`** **Vorlage: M 2020 1214**

---

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## **Familienangelegenheiten**

### **4. Neubau einer dreigruppigen Kindertagesstätte durch die St. Nikolaus Kirchengemeinde Vorlage: BV 2020 1201**

---

**Herr Kugel** erläutert die Vorlage und ergänzt, dass bereits seit geraumer Zeit Verhandlungen mit dem Kirchenvorstand der St. Nikolaus Kirchengemeinde liefen. Es sei zu begrüßen, dass die Trägervielfalt aufgeweitet werde.

**Herr Dr. Gebbe** ergänzt, dass der Kirchenvorstand hinsichtlich der Rahmenbedingungen zu 2 Punkten Änderungswünsche habe. Zum einen sei gewünscht, die Deckelung für Instandhaltungsmaßnahmen bis zur Höhe von 19.800 € unter Punkt 6 (Vorlage S. 2) zu streichen; zum anderen sei unter Punkt 7 der Klammerzusatz „Richtung 0 €“ zu streichen.

**Herr Nijenhof** verweist zu letzterem auf den nachfolgenden Satz bei Punkt 7. Die Stadt beteilige sich stattdessen deutlich höher an den Instandhaltungskosten des Gebäudes.

**Herr Kugel** hält den Klammerzusatz für entbehrlich. Dass Gebäude in älteren Lebensjahren deutlich mehr Kosten verursachten als in den ersten Jahren, sei aus dem Eigenheimbau bekannt. Ein Treuhandkonto einzurichten könne nur über die Stadt als Verwalterin laufen. Die Deckelung könne entfallen; es seien dann offene Gespräche notwendig, um sich über erforderliche Instandhaltungskosten einig zu werden.

**Herr Dr. Gebbe** spricht sich für diese faire Lösung aus.

**Frau Gersemann** fasst zusammen, dass die Beschlussvorlage mit den genannten Änderungen zu einer einvernehmlichen Abstimmung zwischen den Parteien führen werde. Die weitergehenden Beratungen würden die endgültige Formulierung erbringen. Sie bittet um Abstimmung.

**Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

#### **Beschluss:**

**Das Projekt „Neubau einer dreigruppigen Kindertagesstätte durch die St. Nikolaus Kirchengemeinde“ wird unter Berücksichtigung der in der Begründung zu dieser Vorlage genannten Rahmenbedingungen sowie den noch anzupassenden Rahmenbedingungen vorangetrieben.**

**Notwendige Haushaltsmittel werden über den ersten Nachtrag zum Haushalt 2020 und in den folgenden Haushalten veranschlagt.**

### **5. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf Vorlage: BV 2020 1203**

---

**Herr Peest** stellt die Vorlage vor. Er fügt an, dass sich eine Änderung des Zeitraums der Schließung ab 2022 ergeben werde und in Abstimmung mit allen Trägern eine neue Regelung erfolgen werde.

**Herr Nijenhof** erkundigt sich nach den Kriterien für den Besuch der Sommerkita und eventuellen Kosten. Außerdem möchte er wissen, warum nicht die letzten Wochen als Schließzeit erfolgten und ob eine Anpassung auf 3 Wochen wie bei den freien Trägern erfolge.

**Herr Peest** macht deutlich, dass eine Anpassung an die 3 Wochen Schließzeit der freien Träger nicht erfolgen werde. Es handele sich um einen Konsens für die städtischen Kitas. Zudem sei die Notbetreuung der Sommerkita ein Kompromiss für die Elternschaft und das Personal. Die Lage der Schließzeit in den Sommerferien 2021 könne aufgrund der Eingewöhnung der neuen Kinder nicht in den letzten Wochen erfolgen. Künftige Schließzeiten würden zwischen sämtlichen Trägern abgestimmt.

**Herr Hinz** regt einen großen zeitlichen Vorlauf an, damit Eltern und Personal Planungssicherheit hätten. Die Ferien stünden bis 2024 fest, so dass eine frühe Planung erfolgen könne.

**Frau Birgin** fragt nach, ob das Konzept nur auf einem Vergleich mit anderen Kommunen basiere oder in Abstimmung mit den Erzieher\*innen vor Ort erfolgt sei.

**Herr Peest** berichtet, dass das Konzept mit den Leitungen abgestimmt worden sei.

**Herr Schwelgin** stellt seine Präsentation vor.

**Herr Kugel** kritisiert, dass die Umfrage auf Seite 6 der Präsentation nicht repräsentativ sei. Diese bezog sich zum damaligen Zeitpunkt noch auf den Zeitraum einer Schließung von 3 Wochen. Außerdem fehle zu einer seriösen Darstellung der Umfrageergebnisse eine Gesamtabfrage der Kitas. Hier sei nur eine Umfrage in der Kita Weststadt erfolgt. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es eine interne Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Kitas, Verwaltung und Personalrat gegeben habe, die regelmäßig getagt und sämtliche Probleme behandelt habe. In dieser Arbeitsgruppe mit breiter Beteiligung seien einvernehmliche Lösungen erarbeitet worden. Jede Einrichtung habe die Gelegenheit zur Teilnahme erhalten. Man habe die Ergebnisse zusammengetragen und daraus das vorliegende Konzept erarbeitet.

**Herr Nijenhof** gibt zu bedenken, dass das Konzept aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten sei. Es sei durchaus wünschenswert, viele Urlaubstage des Personals „auf einen Streich“ zu verbrauchen. Negativ sei zu bewerten, dass die Mitarbeiter\*innen ihren Urlaub in der „teuren“ Sommersaison zu nehmen genötigt seien. Die Schließzeit in den ersten Wochen sei zudem sehr unpraktisch. Anhand des Beispiels der Stadt Ronnenberg sei zu erkennen, dass die pragmatischere Lösung bedeute, Drittkräfte in allen Gruppen einzusetzen. Zu berücksichtigen sei zudem, dass zu den Sommer-Schließzeiten weitere Schließtage kämen. Gegenwärtig führe der Fachkräftemangel sogar dazu, dass vermehrt ungeplante Zeiten des Ausfalls durch Krankheitstage eintreten würden.

**Frau Meinig** macht darauf aufmerksam, dass die Schließzeit von 2 Wochen für Arbeitnehmer\*innen eine Urlaubszeit von 10 Tagen bei einer überwiegenen Gesamturlaubszeit von 30 Tagen bedeute. Für das restliche Kitajahr bedeute es dagegen eine höhere Kontinuität in der Betreuung der Kinder. Pädagogisch sei es sehr wertvoll, das Kitajahr gemeinsam mit den Erzieher\*innen zu beenden. Sowohl Kinder als auch Fachkräfte könnten nach der Schließzeit mit neuer Kraft in das nächste Jahr starten. Viele andere Kommunen böten

keine Sommerkita als Notbetreuung an, da die Nachfrage so gering sei. Bei einer Notgruppe in der eigenen Kita stellte sich oft heraus, dass der Bedarf doch nicht gegeben sei. Die Einrichtung halte oftmals 2 Mitarbeiter\*innen, eine Küchenkraft und eine Leitung vor, obwohl die Nachfrage entgegen vorheriger Anmeldung gegen null gehe. Die Lage der Schließzeit zum Ende der Ferien hin sei ungünstig wegen des Übergangs der neuen Kinder. Unabhängig von der Schließzeit ende das Kitajahr in jedem Fall am 31.07. eines Jahres.

**Herr Schwelgin** kritisiert, dass die Lage der Schließzeit wieder aufgeweicht würde. Eine neue Abstimmung mit sämtlichen Trägern bedeute wieder einen hohen Zeitverlust, bis alles feststehe. Das Konzept sei nicht zu Ende gedacht.

**Herr Peest** entgegnet, dass der Abstimmungsprozess zeitnah erfolgen werde. Entscheidend sei zunächst ein Votum der Politik, um weitere Planungssicherheit zu schaffen.

**Herr von Oettingen** lobt die saubere Ausarbeitung der Vorlage, während der Stadtkitabeirat nahezu „diktatorisch“ auftrete. Die Abstimmung des Konzepts sei in Abstimmung mit allen Beteiligten erfolgt und er bewerte dies positiv.

**Frau Ruhkopf** hält die Bereitstellung von Drittkräften für wünschenswert. Aufgrund des Fachkräftemangels sei sie jedoch nicht durchsetzbar. Es sei sehr lobenswert, dass die Stadt sich auf den Weg zur Einführung einer Sommerschließzeit gemacht habe, um die Situation durch diesen Weg zu entschärfen. Dadurch sei die Qualität der Arbeit weiter gewährleistet. Sobald die Kinder in die Schule kämen, sei das Problem von Schließzeiten noch viel stärker.

**Herr Schwelgin** betont, Gast im Ausschuss zu sein. Er könne keine Vorlagen erstellen. Das Benehmen mit dem Stadtkitabeirat sei herzustellen. Die Darstellung sei nicht diktatorisch, sondern fuße auf Argumenten. Die Stadt habe viele Versprechungen gemacht. Zu lange habe sich jedoch in der Angelegenheit nichts getan. Von einer internen Arbeitsgruppe sei dem Gremium nichts bekannt gewesen. Nun werde das Konzept schnellstmöglich vorangetrieben. Ein ergebnisoffener Dialog habe nicht stattgefunden.

**Frau Birgin** beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Nach der Unterbrechung ergänzt **Herr Schwelgin**, dass die gesamten Schließzeiten 17 Tage beträfen und somit 57 % des Urlaubsanspruchs der Eltern.

**Frau Gersemann** bittet um Abstimmung. Bei 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen ergeht unter Einbeziehung der von Herrn Peest vorgetragenen Änderung folgender empfehlender

### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die 2. Satzung zur Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf vom 24.08.2017 in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2020 1203 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.**

## Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

### Jugendhilfeangelegenheiten

#### 6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

---

./.

#### 7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

---

**Herr von Oettingen** berichtet, dass das DRK regelmäßig Ferienfreizeiten für sozial benachteiligte Kinder anbiete. Dies erfolge in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund. Er habe den Besuch des Ausschusses bei den „Wölfen“ miterleben dürfen und sei sehr angetan von der dort geleisteten Arbeit. Es sei ihm nicht bekannt gewesen, dass dort viel für benachteiligte Kinder getan werde. Er fragt an, ob die Kinder dieser sozialen Einrichtung mit in die Ferienfreizeiten einbezogen werden könnten.

**Herr Niemann** sieht hierin kein Problem.

#### Einwohnerfragestunde

a) Eine Einwohnerin fragt nach, ob aus Gründen der Planungssicherheit zur Ermittlung des Bedarfs für eine Sommerkita nicht besser eine Umfrage durchgeführt werden sollte.

**Herr Peest** führt aus, dass anhand der Anmeldungen ermittelt werde, ob mit einer Aufstockung der Gruppen zu rechnen sei. Diese Erfahrungswerte würden dann auch für die Folgejahre angewandt.

**Herr Schwelgin** teilt mit, dass am 10.03.2020 die nächste Stadtkitabeiratssitzung stattfinde. Er werde die heute erzielten Ergebnisse dort kommunizieren.

**Frau Gersemann** wünscht sich, die in der Vergangenheit aufgetauchten Probleme nicht immer wieder hervorzuholen und misstrauische Untertöne zu vermeiden.

**Herr von Oettingen** bittet darum, die Ergebnisse aus der Stadtkitabeiratssitzung im Ausschuss zu präsentieren.

**Herr Pollehn** betont, dass der Verwaltungsausschuss (VA) ein eigenständiges Gremium sei und das Konzept erörtern werde.

**Herr Kugel** ergänzt, dass die namentliche Abstimmung sowie auch die Stimmverhältnisse nicht bekanntgegeben werden dürften. Er plädiere dafür, im VA eine zügige Entscheidung zu treffen und diese in die Stadtkitabeiratssitzung mitzunehmen.

b) Eine Einwohnerin erkundigt sich nach einem Notfallplan im Falle eines Corona-Verdachts.

**Herr Pollehn** teilt mit, dass die Stadt einen Krisenstab gebildet habe und im ständigen Kontakt zur Region Hannover und zum Land stehe. Das Gesundheitsamt habe die Hinweise gegeben, keine Hände zu schütteln, Abstand zu halten und die Hände regelmäßig intensiv zu waschen. Täglich werde der aktuelle Stand der Situation erfragt und die Informationen umgehend weitergegeben.

c) Ein Einwohner fragt nach, warum die Mitarbeiter-Umfrage zu den Sommerschließzeiten nicht in jeder Kita erfolgt sei.

**Herr Kugel** erläutert, dass es gegen eine dreiwöchige Schließzeit ein deutliches Votum gegeben habe. Der Personalrat habe daher jedes Team besucht und nach Alternativen gesucht. Dies sei ebenso zielführend wie eine Umfrage gewesen.

Der Einwohner kritisiert, dass die Mitarbeiter\*innen nicht befragt worden seien.

**Herr Vasterling** bestätigt, dass unter den Mitarbeiter\*innen eine kontroverse Diskussion erfolgt sei. Man habe sämtliche Argumente gegeneinander abgewogen. Eine Beteiligung habe definitiv stattgefunden.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin